

(Abg. Merkel.)

Ⓐ muß erst Schonzeit haben als Minister, und ich habe die feste Überzeugung, daß wir bei ihm Gehör finden werden, wenn wir ihn bitten, den Etat in Zukunft klar zu gestalten, damit jeder einzelne Abgeordnete ihn leicht verstehen kann. Um dieses herbeizuführen, habe ich mich verpflichtet gefühlt, den vorliegenden Antrag zu stellen und meine Erläuterungen dazu zu geben.

Meine Herren! Wir werden vielleicht hören: es ist eine Anleihe im Gange, es muß eine Teilanleihe ausgegeben werden. Es ist aber gar keine im Gange; das Jahr 1911 wird wieder vergehen, und es wird keine Gelbanleihe ausgedenkt werden von der Königl. Sächsischen Staatsregierung.

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Staatsminister v. Seydewitz: Meine Herren! Ich möchte zunächst bemerken, daß der Etat, wie er vorliegt, doch schon jetzt recht klar und durchsichtig ist. Mir ist von vielen Sachverständigen gesagt worden, daß der sächsische Etat gerade im Gegensatz zu anderen Etats besonders leicht verständlich sei, und ich glaube in der Tat, daß es jedem, der die Dinge etwas näher ansieht, ganz gut möglich ist, sich aus unserem Etat ein richtiges Bild über die Verhältnisse zu machen.

Ⓑ Differenz, die noch zwischen dem Herrn Abg. Merkel und mir vorliegt, bezieht sich nur auf die 20 Millionen, die der Eisenbahnverwaltung nach der Anmerkung zu Tit. 18 in Kap. 16 für das Jahr 1911 zur Last gelegt worden sind.

Der Herr Abg. Merkel hat ganz recht, wenn er sagt, daß eine neue Anleihe nicht vorliege. Es ist in der Tat keine Rede davon, daß etwa im vorigen Jahre eine Anleihe von 20 Millionen aufgenommen worden wäre, die der Eisenbahn zur Last geschrieben wäre. Noch weniger kommt in Frage, daß von der Anleihe von 40 Millionen, die in der nächsten Etatperiode gegeben werden soll, etwa schon jetzt der Eisenbahn ein Teil angelastet würde. Es handelt sich vielmehr nur darum, rechnerisch den Anteil an der bestehenden allgemeinen Staatsschuld festzustellen, den die Eisenbahn zu tragen hat.

Unsere alten Staatsschulden sind bekanntlich in großem Umfange auch für unproduktive Zwecke aufgenommen worden, und das Verfahren zur Feststellung der Eisenbahnschuld besteht nun darin, daß jeweilig ermittelt wird, wieviel Kapital für die Eisenbahn aufgewendet worden ist. In entsprechendem Maße steigt dann der Anteil der Eisenbahnverwaltung an der bereits begebenen Staatsschuld.

II. R. (1. Abonnement.)

Im Jahre 1911 ist nun eine gewisse Summe für Eisenbahnzwecke aufzuwenden gewesen. Wir wissen jetzt noch nicht genau, wieviel. Man nimmt an, daß es 20 Millionen sein werden. Um so viel steigt also der Anteil der Eisenbahn an den Staatsschulden, und Kap. 16 hat für diesen Schuldanteil von 20 Millionen, der natürlich in den Jahren 1912 und 1913 weiter verzinst und getilgt werden muß, die Tilgung und Verzinsung zu tragen. Es handelt sich also — ich wiederhole das, meine Herren — nicht um eine neue Anleihe, sondern lediglich um einen rechnerischen Zuwachs zum Anteil der Staatseisenbahnen, an den vorhandenen Staatsschulden und infolgedessen um eine entsprechende Mehrbelastung der Eisenbahn mit ihrer Verzinsung und Tilgung.

(Sehr richtig!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Vizepräsident Fräßdorf.

Vizepräsident Fräßdorf: Meine Herren! Der Herr Abg. Anders hat nach meiner Meinung heute eine neue Methode eingeführt, die gegnerischen Flugblätter zum Gegenstande der Besprechung in der Kammer zu machen. Wir haben nichts dagegen, und wir werden bei der nächsten Gelegenheit die Nutzenanwendung daraus ziehen.

(Zuruf: Aber kräftig!)

Ich habe die Überzeugung, die Ausführungen des Herrn Abg. Anders entspringen der ganz besonderen Wahlbeklemmung und Wahlangst, die sich der nationalliberalen Partei bemächtigt hat. Schließlich hat diese Beklemmung ihre ganz berechtigte Ursache. Die Politik der letzten Periode des Reichstages ist eine solche gewesen, daß die nationalliberale Partei alle Ursache hat, vor dem Ausgange der bevorstehenden Reichstagswahlen besorgt zu sein. Was an uns liegt, diese ihre Beklemmung zu steigern und ihre Befürchtung zu vermehren, das wird in den nächsten Wochen geschehen. Das möchte ich von dieser Stelle aus sagen.

(Abg. Hettner: Daran haben wir nicht gezweifelt!)

Jetzt heißt es bei Ihnen: Hilfe, was helfen kann! Diese Debatte gehört auch dazu, und die nächste am Montag, die in diesem Hause stattfinden soll, soll Ihnen auch eine Wahlparole bringen, die Sie noch nicht haben. Auch das soll dazu beitragen, Ihre schlechten Chancen zu verbessern. Wir warten ab und werden entsprechend dienen.

(Zuruf: Wir sind auch da!)